

Tarifkonflikt bei der BVG: Verdi droht mit Warnstreiks!



Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) sind aktuell in Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft Verdi, die am 24. Januar 2025 begonnen haben. Es handelt sich um eine erste Verhandlungsrunde, in der die Positionen beider Seiten bisher weit auseinanderliegen. Verdi fordert eine Gehaltserhöhung von monatlich 750 Euro für alle Beschäftigten sowie zusätzliche Zulagen, die in den jährlich anfallenden Forderungen von insgesamt 250 Millionen Euro gipfeln. Die BVG hingegen hat diese Forderungen als unfinanzierbar zurückgewiesen und sieht sich mit erheblichen wirtschaftlichen Einschränkungen konfrontiert, was die Gespräche erschwert [berlin-live.de] berichtet.

In der Auftaktsitzung wurde von Seiten der BVG bereits ein Nachholbedarf beim Gehalt der Mitarbeitenden anerkannt. Dennoch blieben konkrete Angebote des Unternehmens zunächst aus. Verdi hat angemerkt, dass die Verhandlungen für

die BVG und den Berliner Senat eine Bewährungsprobe darstellen werden. Verhandlungsführer Jeremy Arndt betont, dass die Beschäftigten ernst genommen werden müssen, um die Mobilität in der Stadt zu sichern [rbb24.de].

Forderungen und Auswirkungen

Die Gewerkschaft Verdi fordert über die Gehaltserhöhung hinaus auch ein dreizehntes Monatsgehalt als Weihnachtsgeld sowie spezifische Zulagen für Fahr- und Wechselschichten. Die aktuellen Personalkosten der BVG belaufen sich auf rund 820 Millionen Euro pro Jahr, was die finanziellen Spielräume weiter einschränkt. Die BVG hat in der Vergangenheit auf die unsichere wirtschaftliche Lage und die Notwendigkeit von Einsparungen hingewiesen [berlin-live.de].

Zusätzlich wird auf die schwierigen Arbeitsbedingungen der BVG-Mitarbeitenden hingewiesen, die täglich für tausende Fahrgäste verantwortlich sind. Ein aufdringliches Problem ist der Mangel an geeignetem Nachwuchs und langfristigen Beschäftigten, was das Unternehmen unter Druck setzt. Verdi könnte nach diesen ersten Verhandlungen mit Warnstreiks reagieren, sollte keine Einigung erzielt werden [rbb24.de].

Finanzierungsansätze und Ausblick

Ein möglicher Ansatz zur Generierung zusätzlicher Einnahmen sieht die Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparkausweise in Berlin vor. Der aktuelle Preis von 10,20 Euro im Vergleich zu Städten wie Hamburg (65 Euro) und Köln (100 Euro) könnte steigen und somit auch die finanziellen Möglichkeiten der BVG erweitern. Kai Wegner von der CDU hat bereits eine Erhöhung angekündigt, die jedoch erst 2026 in Kraft treten könnte. Diese Maßnahme könnte dazu beitragen, Teile der Forderungen der BVG-Mitarbeitenden zu decken und gleichzeitig die Notwendigkeit eines verbesserten öffentlichen Nahverkehrs zu unterstreichen [berlin-live.de].

Die Tarifverhandlungen sind im Kontext eines anhaltenden Drucks durch steigende Lebenshaltungskosten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die wachsenden Herausforderungen in der Mobilität zu sehen. Die Sorgen über die Belastungen in der Arbeitswelt sind nicht isoliert, sondern spiegeln sich auch in einer breiten Diskussion über die Arbeitsbedingungen im gesamten öffentlichen Sektor wider, wo ähnliche Tarifverhandlungen mit verschiedenen Trägern im Gange sind [oeffentlicher-dienst-news.de].

Statistische Auswertung

Ort: Neukölln, Deutschland

Vorfall: Vandalismus, Drohung

Ursache: antisemitische Angriffe

Beste Referenz: tagesspiegel.de

Weitere Infos: welt.de

[Zum Originalartikel auf News-ag.com](http://News-ag.com)